

Miteinander

N° 7

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!*

Seit vier Jahren befinden wir uns in einem Ausnahmezustand: mit Corona begann nicht nur eine bislang nicht gekannte Spaltung unserer Gesellschaft, sondern auch eine Verschiebung der Werte, die uns bislang ein demokratisches Zusammenleben garantiert hatten.

Die Bewegung wird immer schneller, immer deutlicher: die Informationen aus den RKI Files zeigten die politische Einflussnahme ohne wissenschaftliche Basis - haben wir nicht noch das „Vertrauen Sie der Wissenschaft“ von Ursula von der Leyen, gegen die mittlerweile wegen verschiedener Straftaten Verfahren angelaufen sind, im Ohr?

Auch in den Kommunen gärt es: Bürgerentscheide zeigen, dass wir unsere Stimme nicht „abgeben“ sollten, sondern uns zu Wort melden müssen, wenn unsere Interessen durch die „Vertreter“ nicht in unserem Sinne vertreten werden. Die Bürger von Bad Dürkheim haben dies bei der geplanten Straßenumbenennung eindrucksvoll gezeigt.

Am 9. Juni haben wir die Möglichkeit zu wählen! Bitte nehmen Sie dieses demokratische Instrument wahr. Und geben Sie Ihre Stimme nicht „ab“, sondern bleiben Sie wachsam und mischen sich ein! Zum Wohle eines friedlichen demokratischen Miteinander!

Eleonore Büschges

— DIE RKI FILES —



Das Magazin Multipolar hat mit Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz die Unterlagen des RKI aus der Coronazeit freigelegt. Die Inhalte sind brisant und kurz berichtet: Masken wirkungslos, Schulschließungen sinnlos, Impfungen haben schwere Nebenwirkungen. Mit anderen Worten: keine der Maßnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung gegen die angeblich tödliche Krankheit Corona ergriffen wurden, basierten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern wurden von der Politik diktiert. So heißt es im Protokoll vom 19. Februar 2021 unter dem Stichpunkt „Update Impfung“ dazu: „Medien berichten vermehrt Nebenwirkungen (NW), dies ist nicht ganz überraschend, NW-Profil ist bekannt. Es werden mehr jüngere Erwachsene geimpft, diese sind häufig reaktogener als ältere Menschen.“

Das, was die RKI Files offenbaren, ist ein handfester Skandal, der Konsequenzen haben muss.

Und was sagen die sogenannten Qualitätsmedien? *Fortsetzung auf Seite 2*

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

Wahlen am 9. Juni	S. 3	Chronik einer Straßen-	Wandel der Grünen	S. 10
Stadttratswahlen	S. 4	umbenennung	Offener Brief an die	
Hinter dem Vorhang		Wozu der Michel Mut	Bürgermeisterin	S. 11
des Politiktheaters	S. 5	braucht	Luxus-Garagen	S. 12

Die liest sich zu dem Thema weitgehend wie eine Veröffentlichung aus dem Gesundheitsministerium: alles richtig gemacht. Einflussnahme fremder Mächte (vermutlich Russland?) werden in die Welt gesetzt (Lauterbach). Das ZDF berichtet zunächst nach 22 h recht gut, ändert seinen Beitrag jedoch zwei Tage später. Auch der Spiegel berichtet zunächst neutral, wird dann aber ebenfalls geändert (originale Textstellen liegen uns vor und können gerne angefragt werden.) T-online eröffnet damit, dass die Berichte von einem „rechten umstrittenen“ Portal freigelegt wurden, der ARD Faktenfinder findet die Fakten total in Ordnung: alles war richtig, die bösen Querdenker lesen nur anders als er.

Schauen wir den Prozess einmal von einer anderen Seite an: eine vom Steuerzahler finanzierte Institution (RKI) mit hochbezahlten Mitarbeitern stellt Untersuchungen an, die uns, dem Zahler, erst nach einer gerichtlichen Entscheidung offengelegt werden. Eine Anwaltskanzlei wird beauftragt, die Schwärzungen zu erklären. Was hat das den Steuerzahler gekostet? Begründung für die Vorenthaltung von Informationen sind „Persönlichkeitsrechte“ also die unserer Angestellten – wieso stehen sie nicht zu ihren Aussagen? Oder „interne Beratungen“ – wieso dürfen wir davon nichts erfahren?

Die Vorgehensweise ist einer Demokratie unwürdig. Eine Aufarbeitung ist dringend nötig, denn hier geht es nicht um ein „wir müssen verzeihen“, hier geht es um den Verdacht schwerer Straftaten gegen die Menschlichkeit.

Die Querdenker hatten also von Anfang an und in allem Recht. Es ging nicht um wissenschaftliche begründete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, es ging um das Umsetzen politischer Ziele. So erklärte auch die damalige Bundeskanzlerin Merkel auf der Bundespresskonferenz vom 21.1.2021 explizit, dass ihr bewusst sei, dass es auch andere Stimmen in der Wissenschaft gebe, die gegen einen solchen harten Kurs sind. Dass es aber ihre politische Entscheidung sei, auf genau diesen zu setzen: „Es gibt in dem ganzen auch politische Grundentscheidungen, die haben mit Wissenschaft nichts zu tun.“

Während vereinzelt Politiker aus allen Parteien eine Aufklärung fordern, lesen wir von Janosch Dahmen, dem gesundheitspolitischen Sprecher der Grünen, am 25. März 2024 auf X: „Der Versuch in die #RKIFiles einen Skandal hineininterpretieren zu wollen ist Ausdruck von Unkenntnis zur Krisenstabsarbeit & von weiterer Desinformation um uns zu spalten. Wir sollten uns vor solcher Einflussnahme ausländischer Nachrichtendienste schützen.“ Mit anderen Worten: der Bürger ist zu dumm zu

verstehen, die Berichte desinformieren, dahinter stecken – vermutlich – die Russen. Deshalb liest einfach nicht. Dazu passt auch die Auffassung der Grünen von Desinformation: Auch Fakten können desinformieren.

*Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen:
„Ich bin der Faschismus.“*

*Nein, er wird sagen:
„Ich bin der Antifaschismus!“*

Ignazio Silone, ital. Schriftsteller, 1900–1978

Als nächstes wünsche ich mir die „Klima-Files“ mit den „E-Auto Files“ und dann auch noch die „Wir zerstören die Deutsche Wirtschaft-Files“.

Und um das journalistische Urgestein Peter Hahne zu zitieren: Es ist erst zu Ende, wenn Handschellen klicken. – Hinzuzufügen bleibt:... und Gefängnistore sich hinter den Verantwortlichen schließen.



Eleonore Büschges

Weitere Links zum Nachlesen:

Einen guten Beitrag zum Thema finden Sie im Nordkurier: www.t1p.de/uq083+

In diesem Artikel www.t1p.de/89id5+ nimmt Multipolar Stellung zum Vorwurf „rechts“.

Einen Blick aus dem Ausland (NZZ) finden Sie unter: www.t1p.de/3zt37+

Der Beitrag des SWR zeigt beispielhaft die verheerenden Auswirkungen der (sinnlosen) Maßnahmen, in diesem Fall auf unsere Kinder auf: www.t1p.de/c3po6+

www.reitschuster.de/post/merkel-harter-corona-kurs-ist-politische-entscheidung/

SO ÄNDERN SICH DIE ZEITEN

SPD 2024: Wir kommen jetzt in eine Phase hinein, wo der Ausnahmezustand Normalität sein wird. Wir werden ab jetzt immer im Ausnahmezustand sein. Karl Lauterbach.

SPD 1968: Wer einmal mit dem Notstand spielen sollte, um die Freiheit einzuschränken, wird meine Freunde und mich auf den Barrikaden zur Verteidigung der Demokratie finden, und dies ist ganz wörtlich gemeint. Willy Brandt 

Redaktion

— WAS MACH' ICH BLOSS MIT DER QUAL DER WAHL? —

9. Juni 2024: Europawahl und Kommunalwahl in RP!

Strategie 1: „Wählen (gehen)“ für eine gültige Wahlhandlung

Strategie 2: „Wählen (gehen)“ für eine ungültige Wahlhandlung

Strategie 3: „Nicht-Wählen“ als Wahlhandlung

Strategie 1 ist meine Wahl! Nach wie vor glaube ich an die Kraft demokratischer Prozesse und an die Grundsätze freier, geheimer, direkter und allgemeiner Wahlen. Ich spüre den Jahrhunderte alten, verantwortlichen, demokratischen Auftrag in mir, diesem Mechanismus für gesellschaftlicher Veränderung zu folgen.

Strategie 2 bedeutet, die Wahlunterlagen aktiv durch beschädigen, durchstreichen, hinzufügen persönlicher Kommentare und vieles mehr als ungültig zu entwerten. Die Zählung, Erfassung und Darstellung ungültiger Stimmen trägt zur Transparenz und Integrität des Wahlprozesses bei oder zeigt ggf. technische Schwierigkeiten, Verwirrung und Unklarheiten auf. Ungültige Stimmen sind bei eindeutiger Kennzeichnung ein indirektes Feedback, ob Wähler mit den verfügbaren Optionen oder dem Wahlprozess zufrieden sind. Ein hoher Anteil ungültiger Stimmen kann auf Unruhe im Land, auf politische Instabilität hinweisen. Allgemeine Unzufriedenheit kann sich durch niedrige Wahlbeteiligung und hohen Anteil ungültiger Stimmen deutlich zeigen und den vermeintlich demokratischen Wahlprozess in Frage stellen. Das Wahlergebnis jedoch entsteht nur aus gültigen Stimmen und wird durch ungültige Stimmen nicht tangiert.

Strategie 3 nicht zu wählen, schwächt und destabilisiert die Demokratie! Niedrige Wahlbeteiligung drückt den Vertrauensverlust der Bürger aus, politische Entscheidungen sind weniger legitimiert. Am Wahlergebnis ändert sich durch Nicht-Wählen gar nichts: gezählt werden gültige Stimmen!

Möchte ich in meinem Land, in meiner Region, etwas bewahren, etwas bewirken, positiv verändern, besser gestalten? Dann **Strategie 1 plus!** Wählen gehen oder selbst kandidieren, Gewählte unterstützen oder an ihre Versprechen erinnern. Vor allem aber ehrlich, kompromissbereit und mit dem klaren Ziel des Demokratie-Erhalts oder der Demokratie-Verbesserung jeden Tag neu mitgestalten!

Bin ich der Meinung, dass Macht korrumpt, Wahlversprechen nicht eingehalten werden, sich in keiner Partei oder Formierung meine Ansichten wieder spiegeln? Dass eine bessere Form des Miteinanders, eine neue Welt entstehen muss? Dann **Strategie 2 plus!** Protest durch aktiv ungültig wählen zum Ausdruck bringen. Danach die Idee der besseren Welt durchdenken und mit der Umsetzung beginnen. Nach sinnerfüllenden Werten leben, Vorbild sein, Bewusstsein schaffen und bei anderen fördern, lokale Gemeinschaften stärken und positive Veränderungen unterstützen. Ganz einfach! Begrenzend wirken dann nur die bestehenden, nicht gewählten Rahmenbedingungen...

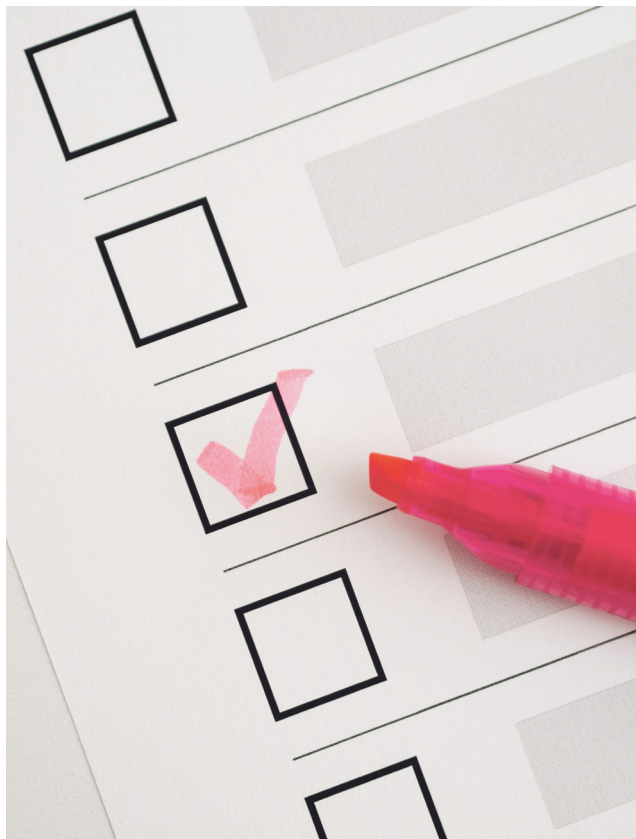
Sind mir soziale Verpflichtungen oder eigentlich alles egal, fühle ich mich machtlos und mein Rückzug ins Private funktioniert? Halte ich alles um mich herum für unveränderlich? Dann **Strategie 3!** Den freien Wahltag genießen, weiterhin ziel- und kritiklos den Alltag durchleben, apathisch über nichts wundern und die Dinge nehmen, wie sie geschehen. Aber bitte nicht schimpfen und beschweren! Sollte doch etwas stören, dann weiter abwarten. 

Ingrid Schulze

Die Mainstream-Medien berichteten: Biden und Putin sind in einem Wettrennen gegeneinander angetreten. Biden belegte einen hervorragenden zweiten Platz, während Putin nur vorletzter wurde.



Redaktion



— STADTRATSWAHLEN - QUO VADIS, BAD DÜRKHEIM? —

Man kann bei seiner Wahlentscheidung zum Stadtrat andere Themen für wichtiger halten als die Benennung dreier Straßen in Bad Dürkheim. Beispielsweise die Finanzen. Es kann aber auch nicht schaden zu wissen, dass der aktuelle Stadtrat bei der Straßenumbenennungskampagne im letzten Jahr für höhere Ziele wie „Freiheit, Demokratie und die Würde des Menschen“ und natürlich im Kampf „gegen demokratiefeindliches und menschenverachtendes Gedankengut“ etliche Verstöße gegen die guten Sitten und vermutlich sogar das Strafgesetzbuch in Kauf nahm, wie in unserem Artikel auf Seite 6 nachzulesen ist. Der Zweck heiligt nicht die Mittel, auch nicht in der Kommunalpolitik. Wer die Demokratie an der Isenach oder den (bedrohten?) Ruf der Stadt verteidigen will und dafür mit höchst unlauteren Mitteln arbeitet oder sie duldet, hat das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler nicht verdient.

Schon die kritiklose Übernahme aller Anschuldigungen gegen frühere Mitbürger, die zum Teil unbelegt, beleidigend, ja sogar gehässig waren, oder nur in einer Bekanntschaft mit der falschen Person bestanden, hat eine Ideologiegetriebenheit, aber auch einen Opportunismus im Stadtrat in erschreckendem Ausmaß offenbart. Dieser Stadtrat hat sich nicht gerührt, als mit unwissenschaftlichen, einseitigen und herabsetzenden Gutachten die Axt an unsere Stadtgeschichte gelegt wurde. Keiner* hat je laut eine saubere Beweisführung eingefordert. Wir glauben daher: dieser Stadtrat war an der Wahrheit nur am Rande interessiert, er wollte „Haltung zeigen“ und ein Exempel an den Straßennamensgebern statuieren, aller berechtigten Einwände zum Trotz, und er wollte sich darin auch nicht von einem „renitenten“ Stadtvolk abbringen lassen.

Will man dem Stadtrat und vor allem dem Kulturausschuss von Bad Dürkheim ein solches Handeln nicht durchgehen lassen, steht man bei den kommenden Kommunalwahlen scheinbar vor einem Dilemma. Keine der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, Grüne, FWG und FDP, keine einzige, nahm öffentlich eine abweichende Haltung ein, der einzige „Dissident“ Jonny Papistock, Vertreter einer Minderheit von 73 % der Bürgerinnen und Bürger, steht nicht mehr zur Wahl. Keine Fraktion war trotz der pflichtschuldig vorgetragenen Anerkennung des Bürgerentscheids dazu bereit, dem Wählerwillen nach einem zurückhaltenden Umgang mit dem Thema zu folgen, was sich deutlich bei der Entscheidung für die Straßenzusatzschilder zeigte, deren Texte uns wie eine Revanche des unterlegenen Stadtrats erscheinen. Hier fehlt es eindeutig am Respekt vor dem Souverän, dem Volk.

Zum Glück hält das Kommunalwahlrecht eine Lösung gegen das Meinungskartell im Stadtrat bereit: Mit 32 Kreuzen, die der Wähler für die Kandidatinnen und Kandidaten zu vergeben hat, lässt sich leicht einen Bogen um die Hauptverantwortlichen der Umbenennungskampagne

ne machen, die da wären: die Fraktionsvorsitzenden als Meinungsführer, die den Beschluss in ihren Fraktionen durchsetzten, und die Mitglieder des Kulturausschusses soweit (ab)wählbar, siehe „Weitere Informationen“. Warum nicht den Nachrückern in den Parteien eine Chance geben, die sich typischerweise auf den hinteren Listenplätzen finden? Ein konstruktives Misstrauensvotum also, für die Abgewählten eine Lehre, für die Neuen Chance und Erinnerung zugleich daran, wer das letzte Wort in der Demokratie spricht: der Wähler und die Wählerin.

*Die rühmliche Ausnahme bildete Jonny Papistock. 

Ingrid Bauer, W. Fallot-Burghardt

Weitere Informationen finden Sie unter:

**[www.miteinander-duew.de/
nr-7-april-2024-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-7-april-2024-quellen)**

— GEHEN SIE WÄHLEN - AUCH FÜR FRAU BAUERNSCHMITT —

Sie werden sich fragen: Nathalie Bauernschmitt steht doch bei der Stadtratswahl überhaupt nicht zur Wahl! Ja, das stimmt. Hintergrund des Appells ist folgender: Einen Tag, nachdem Frau Bauernschmitt mit drei Stimmen Vorsprung gewählt worden war, warf der Fraktionsvorsitzende der Grünen ihr und der CDU einen „schmutzigen“ Wahlkampf vor. Und wenige Minuten, nachdem Nathalie Bauernschmitt im Dezember 2023 in einer schönen Zeremonie im Stadtrat als neue Bürgermeisterin unserer Stadt vereidigt worden war, sprach derselbe Grünersprecher dem scheidenden Bürgermeister Glogger das (für Frau Bauernschmitt vergiftende) Lob aus, dass er ja nie den politischen Gegner schlecht gemacht hätte. Ein unglaublicher Affront gegenüber der gerade vereidigten neuen Bürgermeisterin!

Und die Herabwürdigungen ihrer Person aus dem grünen Lager gehen in den sozialen Netzwerken weiter: ein Stadtratskandidat der Grünen äußert immer wieder, dass sie keine „Bürgermeisterin“ sei, sondern nur eine „farblose Verwaltungschefin ohne eigene Ideen.“

Ich finde es ungehörig, eine junge Frau mit einer Top-Ausbildung, charmant und vor allem mit einem klugen Kopf, bereits vor Amtsantritt herabzuwürdigen. Frau Bauernschmitt übt ihr Amt erst seit dem 01.01.24 aus, sie hat gerade einmal die ersten 100 Tage im Amt hinter sich. Ich finde: sie hat Respekt verdient, Ihr Grünen!

Daher: bitte gehen Sie wählen! 

Ulrich Martin

— HINTER DEM VORHANG DES POLITIKTHEATERS —

Seit der Pandemie erleben wir in Deutschland und Europa einen großen politischen und wirtschaftlichen Wandel. Dabei spielt eine Organisation eine ganz besondere Rolle – das WEF-World Economic Forum.

Es gibt wohl keine andere Organisation auf der Welt, die mit den mächtigsten Regierungs- und Wirtschaftsführern, mit Medienvertretern, Nichtregierungsorganisationen und Religionsführern ähnlich gut vernetzt ist. In den etwas über 50 Jahren seines Bestehens hat das WEF an Bedeutung gewaltig zugenommen. Wirtschaftsbosse, Regierungschefs, königliche Hoheiten, Wissenschaftler und Religionsführer kommen bei den jährlichen Treffen zusammen, um unser aller Zukunft zu schmieden. Obwohl das Weltwirtschaftsforum keine gewählte oder rechtlich legitimierte Organisation ist, übt es einen erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen aus.

Klaus Schwab, der Gründer, hat Maschinenbau und Wirtschaftswissenschaft studiert und wurde 1967, mit gerade mal 29 Jahren, Assistent des Verwaltungsratspräsidenten in der Firma Escher Wyss.

Dort arbeitete seit 1930 sein Vater in führender Position, als das Werk mehr als 200 Zwangsarbeiter einsetzte, um Maschinen für Kraftwerke und Teile für Kampfflugzeuge der Wehrmacht herzustellen und dafür vom Hitler Regime als nationalsozialistischer Musterbetrieb ausgezeichnet wurde.

Das Weltwirtschaftsforum war nicht nur eine Schöpfung von Klaus Schwab. Eine weitere einflussreiche Gruppe, die die Gründung des Symposiums unterstützte und vorantrieb, war der Club of Rome. Dieser wurde 1968 von dem italienischen Industriellen Aurelio Pecce im Rahmen eines privaten Treffens in einer Residenz der Familie Rockefeller gegründet. 1973 hielt Pecce auf der Tagung des WWF eine Rede, in der er die globale Überbevölkerung als größtes Menschheitsproblem thematisierte.

Ein Jahr vor der Pandemie hat das WEF in seinem Dossier zum Treffen in Davos 2019, ein Pandemie-Planspiel „Event 201“ angekündigt. „Eine sonderbare Pandemie-Übung kurz vor Ausbruch der Corona-Krise“ titelten die „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ am 08.05.2020. Die Gewinner der Pandemie und der Energiekrise, so der Oxfam Bericht, sind allein die Superreichen und die Konzerne. „Seit Beginn der Corona-Pandemie hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses kassiert. Gleichzeitig leben 1,7 Milliarden Arbeitnehmer*innen in Ländern, in denen die Lohnentwicklung die Inflation nicht ausgleicht.“ Die 1.000 reichsten Personen des Planeten, darunter nicht wenige Davos-Stammgäste, wurden noch reicher, während die Armen der Welt in eine noch größere wirtschaftliche Not gerieten.

Für Klaus Schwab stellte die Pandemie „eine seltene, aber zeitlich begrenzte Gelegenheit dar, über unsere Welt nachzudenken, sie neu zu denken und neu zu gestalten.“ In seinem Buch „Covid-19: The Great Reset“ legte er offen dar, was im Windschatten von Corona entstehen soll.

Mit den sogenannten Young Global Leaders (YGLs) hat das WEF eine eigene Kaderschmiede. In ihr wurden unter anderem Angela Merkel, Jeff Bezos, Bill Gates, Tony Blair, Nicolas Sarkozy, Emmanuel Macron, Justin Trudeau, Jens Spahn und Annalena Baerbock ausgebildet. Sie umfasst mittlerweile 1300 Global Leaders, sowie etwa 10.000 unter 30-jährige „Global Shapers“. Wer es in diese Gruppen geschafft hat, schafft es auch ohne abgeschlossene Ausbildung in eine wichtige Führungsposition. So kommt es, dass die „Auserwählten“ des WEF einen erheblichen Einfluss auf unsere Politik, auf unsere Wirtschaft, auf unsere Wissenschaft und auf unsere Medien nehmen. Die Neuordnung unserer Welt wird gerade mit der Agenda 2030 und der 4. Industriellen Revolution politisch umgesetzt. Nach eigenen Berichten strebt die Organisation bis zum Jahr 2030 eine digitale Welt ohne Bargeld und ohne Privateigentum mit dem Leben in sogenannten Smart Citys an. Wer die neuen Eigentümer sind, lässt man offen.

Der WEF-Klimavertrag „C40 Cities“, dem sich bereits viele Bürgermeister angeschlossen haben, sieht bis 2030 ein Verbot von Fleisch, Milchprodukten, Flügen und Privatautos vor. Bill Gates, der mit seiner Stiftung das WEF und die Agenda 2030 finanziell fördert, ist zwischenzeitlich nicht nur der größte Besitzer von Farmland in den USA, sondern auch einer der größten Investoren von Stammzellenfleisch aus dem Labor und verdient an Veggie-Nahrung aus dem 3D-Drucker, welche aktuell schon überall in den Supermärkten angeboten wird. Laut Statista stiegen die Markteinnahmen der Branche im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr von 6,6 auf 7,74 Milliarden US-Dollar.

Das WEF gilt heute als eine der umstrittensten Plattformen von Mächtigen aus Wirtschaft und Politik. Alles scheint sich in Richtung Globalisierung und einer Eine-Welt-Regierung zu bewegen. Klaus Schwab träumt öffentlich von der Digitalisierung des Menschen. 2016 sagte er in einem TV-Interview: „Stellen Sie sich vor, im Jahr 2025 haben wir alle irgendwo in unserem Körper oder Gehirn einen Chip implantiert, und wir können miteinander kommunizieren, ohne ein Telefon zu benutzen, sogar ohne unsere Stimme zu benutzen...“?

Beim diesjährigen Treffen führte er ein Gespräch mit dem Google-Mitbegründer Sergey Brin, über „digitale Technologien“ und künstliche Intelligenz. Dabei sagte er: „Wir können ein System schaffen, in dem wir nicht einmal demokratische Wahlen brauchen, weil wir vorhersagen können, wie Sie denken und fühlen werden....“. Genau diese Agenda veröffentlichte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit, in seiner Smart-City-Charta, ohne diese vorher mit der Wählerschaft öffentlich zu diskutieren.  Irmtraud Bärmann

Weitere Informationen finden Sie unter:

**[www.miteinander-duew.de/
nr-7-april-2024-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-7-april-2024-quellen)**

CHRONIK EINER ABGESAGTEN STRASSENUMBENENNUNG



Am 24. September 2023 sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger von Bad Dürkheim mit einer klaren Mehrheit von 73,7 % der Stimmen (Ja: 4'256, Nein: 1'522, zum Vergleich die Bürgermeisterwahl 2023: Bauernschmitt: 3'714, Glogger: 3'711) gegen die Umbenennung dreier Straßen in Bad Dürkheim aus. Wäre die Bürgerinitiative, die die Abstimmung erzwungen hatte, bei der Bürgermeisterwahl angetreten, sie hätte wohl gewonnen! Im Folgenden soll über die denkwürdigen Vorkommnisse des letzten Jahres aus der Sicht einer betroffenen Angehörigen – die Autorin Ingrid Bauer ist Urenkelin des Heimatdichters und Straßennamensgebers Karl Räder – sowie eines Unterstützers der Bürgerinitiative berichtet werden. Eine ausführlichere Schilderung der Ereignisse ist auf der Internetseite des Autors Fallot-Burghardt nachzulesen, die Adresse ist unter den „Weiteren Informationen“ aufgelistet.

Anlass für die gestoppten Umbenennungen waren historische Recherchen der Stadt über das Verhalten der Straßennamensgeber im Dritten Reich, die sowohl intern als auch in Fremdvergabe von zwei Historikern durchgeführt worden waren. Das Gutachten über den Astronomen Philipp Fauth stand sofort heftig in der Kritik, geäußert u.a. von dem bekannten Hardenburger Heimatforscher Reinhold Höhn. Eine Mitgliedschaft in der NSDAP und SS wurde behauptet, auch Antisemitismus wurde unterstellt, ohne Belege vorzulegen, mit beleidigenden Passagen, manche regelrecht gehässig. Der federführende Kulturausschuss, der für Tradition und Bewahrung der Stadtgeschichte zuständig ist, hätte dieses Gutachten eigentlich nur als voreingenommen, beleidigend und unwissenschaftlich zurückweisen können und auf einem neutralen Gutachter, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, bestehen müssen. Mit juristischem Sachverstand hätte man auch die Straftatbestände „Üble Nachrede“ und „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ erkennen können. Es bedurfte einer nachdrücklichen Intervention des Autors Fallot-Burghardt, um die Stadt zum Rückzug des Gutachtens zu bewegen. Eine Ent-

schuldigung der Stadt für die bis heute unbewiesenen Vorwürfe (ein massiver Rufmord!) bei der Familie Fauth, auch das eigentlich eine Selbstverständlichkeit, ist bis heute nicht erfolgt.

Das Gutachten über den Heimatdichter Karl Räder enthüllte dessen nationalsozialistische Gesinnung im Dritten Reich und förderte NS-Gedichte und -Vorträge zu Tage, enthielt aber auch unnötige persönliche Abwertungen und ließ bei der Nachkriegszeit seine tätige Reue außer Acht, z.B. das 1948 veröffentlichte Reue- und Schuldeingeständnisgedicht, u.a. mit der Zeile: „[...] Mer sin mit Schuld an Läd un Not, Un sehens leider ei(n) zu schbot. [spät] [...]“. Auch die Ehrenbürgerwürde der Stadt aus der Hand des Bürgermeisters und NS-Opfers Alfred Gropp, der sich interessanterweise in einem anderen Fall gegen eine zu rasche Haftentlassung eines NS-Propagandisten ausgesprochen hatte, unterstreicht die Glaubwürdigkeit von Rädgers gelebter Reue. Aber man will Räder, der so viel für die Tourismusförderung Bad Dürkheims getan hat, selbst diese kleine Ehrenrettung nicht gönnen.

Gegen den Winzermaler Gustav Ernst wurden sogar nur Tagebucheinträge ins Feld geführt. Ernsts Tagebücher gelangten nach seinem Tod in öffentliche Hände, ohne dass eine Verfügung dazu von ihm bekannt geworden ist, was den Fall von anderen veröffentlichten Prominententagebüchern unterscheidet. Tagebücher sind Teil der gesetzlich streng geschützten Intimsphäre eines Menschen, weil sich dort die innersten Gedanken und Gefühle offenbaren. Die Auswertung der Tagebücher zum Nachteil von Ernst, wenn auch nach so vielen Jahren nicht mehr strafbar, zeugt von einem bemerkenswerten Mangel an Respekt vor der Menschenwürde des Gustav Ernst.

Der Stadtratsentschluss zur Umbenennung vom 28.03. (Ja: 24, Nein: 1, Enthaltungen: 3) ist der Startschuss für eine Seebacher Bürgerinitiative zur Unterschriftensammlung für einen Bürgerbescheid. Am 01.06. sind 1'537 Unterschriften zusammen, womit das Quorum von 8 % der Wähler deutlich überschritten ist. Der Zuspruch

der Bürger und Bürgerinnen ist gewaltig, der Unmut in der Kurstadt über das Vorgehen der Stadt ist groß. Der Bürgerentscheid wird auf den 24.09.2023 festgesetzt.

Im September ist Wahlkampf in Bad Dürkheim. Etliche Dürkheimer Bürger erlauben der Bürgerinitiative, Plakate an ihren Häusern aufzuhängen und setzen so ein klares Zeichen gegen den zeitgeistigen Kurs der Stadt. Auch die Stadt macht mobil und hängt stylische Plakate an Bäumen und Laternen rund um den Römerplatz auf, an ihre Follower im Internet verteilt sie grafisch gestaltete Werbebotschaften für den Meinungskampf auf Social Media, mit Slogans wie „Für ein demokratisches Bad Dürkheim. Gehen Sie wählen!“ Konnten die Autoren sich ursprünglich gar keinen Reim auf eine solche Aussage machen (Wollte jemand in Bad Dürkheim die Demokratie abschaffen?), so wurde mit den jüngsten „Aufstehen für die Demokratie“-Demonstrationen klar: „Demokratisch“ sind nur noch die von den Regierungsparteien erwünschten Meinungen, andere Ansichten wie die der Umbenennungsgegner passen nicht mehr – siehe oben – zu einem demokratischen Gemeinwesen. Der infamen Absprechung der Zugehörigkeit zum demokratischen Meinungsspektrum könnten eines Tages auch noch „demokratiefördernde“ Maßnahmen folgen, man will angesichts der aktuellen Gedankenspiele über einen „starken Staat“ in Berlin und in Mainz gar nichts mehr ausschließen. Auch der Slogan „Andere haben mehr Ehre verdient“ konnte uns nicht restlos überzeugen. Mit dieser Logik bekämen wir ein sehr dynamisches Straßenbenennungswesen, worüber nicht alle Straßenanwohner gleichermaßen erfreut sein dürften.

Am 03.09. ereignen sich einige besonders schlimme Fouls: Der grüne Stadtratskandidat Robert Kröner postet eine vulgäre Schmähung der Bürgerinitiative („FCK AFD“ = Fi*k Dich, AfD) in einer Facebook-Gruppe, womit ihm die Ehre zukommt, Gossensprache von Linksextremen in die Dürkheimer Kommunalpolitik eingeführt zu haben. Dr. Britta Hallmann-Preuß, Leiterin des Stadtmuseums, und Marcus Brill, Leiter Tourismus der Stadt, ebenso Angela Strobel, Vorsitzende der Freien Wähler Bad Dürkheim, liken umgehend diesen Beitrag (d.h. sie heißen ihn gut). Bürgermeister Christoph Glogger bestätigt in einer E-Mail an die Bürgerinitiative die privaten „Likes“ seiner Mitarbeiter Hallmann-Preuß und Brill: „Sie werden sicher wahrgenommen haben, dass diese Zustimmungen von den privaten Accounts der genannten Personen vorgenommen wurden. [...] Es wäre völlig abwegig zu glauben, dass ich als Bürgermeister hier einschreiten müsste oder wollte.“

Mit dem „Wollen“ hatte Glogger sicher recht, aber natürlich muss und darf ein Arbeitgeber einschreiten, wenn die „Freizeitgestaltung“ Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis hat, was man angesichts der erforderlichen Seriosität und Überparteilichkeit dieser Amtsträger zweimal bejahen kann. Für Beamte sind die Regeln sogar noch um einiges schärfer. Auch der Stadtrat, der von den Autoren informiert wird, will nicht eingreifen, bleibt sogar jede Antwort schuldig. Zuletzt lehnt auch die Rhein-

pfalz eine Berichterstattung über die FCK-AFD-Affäre ab. Was für ein Verfall der politischen Sitten in der Kurstadt! Im letzten Interview mit der Rheinpfalz vor der Bürgerabstimmung vom 21.09. nennt Bürgermeister Glogger seine Motive: „Sonst stehen wir schnell Seite an Seite mit denen, die die Nazizeit verharmlosen und unsere Demokratie kaputt reden wollen.“ Ließen sich Glogger und der Kulturausschuss in ihren Entscheidungen etwa von Angst vor „Beifall von der falschen Seite“ leiten, nicht von Sachgründen?

Weiter: „[...] unsere wissenschaftlichen Recherchen sind eindeutig.“ Nun ja. Das erste Fauth-Gutachten hatte wegen unbelegter schwerer Anschuldigungen zurückgezogen werden müssen, und ob Wissenschaftler an der Erstellung des anonymen zweiten Gutachtens beteiligt gewesen waren, wissen wir nicht. Vielleicht war es auch nur das städtische Ordnungsamt... (nicht falsch verstehen: wir haben nichts gegen dieses wichtige Amt). Das Räder-Gutachten bricht just dann ab, als entlastende Tatsachen zu befürchten waren. Warum hakte die Rheinpfalz nicht nach, die Kritik war ja bereits nicht mehr zu überhören?

„Was mich sehr ärgert, sind die revisionistischen Töne in der Diskussion. Wer die Nazi-Verbrechen relativiert, spielt den Rechtspopulisten in die Hände. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Hier hätte Glogger Ross und Reiter nennen müssen. Hielt er etwa Ernsts Tagebucheinträge, Raders Gedichte oder Fauths Anstellung beim Deutschen Ahnenerbe für Nazi-Verbrechen (Anmerkung: das Ahnenerbe wurde nicht als verbrecherische Organisation eingestuft)? Wir glauben, dass Glogger hier dem weniger informierten Leser suggerieren wollte, bei Fauth, Räder und Ernst hätte es sich um echte Naziverbrecher gehandelt und ergo bei der Bürgerinitiative und ihren Unterstützern um Relativierer und Verharmloser von Nazi-Verbrechen. Es sind genau solche Unterstellungen, die „den Rechtspopulisten in die Hände spielen“ und empörte Bürgerinnen und Bürger aus dem etablierten Parteiensystem treiben.

Am 24.09. findet die Abstimmung statt, am Wahlabend kommt die sensationelle Nachricht: Bei einer Wahlbeteiligung von 38 % sprechen sich 73,7 % der Bürger gegen die Umbenennung aus. Unglaubliche 4'256 Wähler und Wählerinnen – in den betroffenen Straßen leben nur 436 Personen, nicht wahlberechtigte Kinder und Ausländer inbegriffen – machten sich bei diesem symbolischen, aber moralisch hoch aufgeladenen Thema auf den Weg zur Wahlurne und machten ihr Kreuz bei „Ja“. Das letzte Wort in der Demokratie hatte an diesem Abend – das Volk. 

Ingrid Bauer, W. Fallot-Burghardt

Weitere Informationen finden Sie unter:

**[www.miteinander-duew.de/
nr-7-april-2024-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-7-april-2024-quellen)**

— WOZU DER MICHEL MUT BRAUCHT —

Zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant am 22. April 2024

Während Verschwörungs-Forscher und -Theoretiker im Volk der Michel warnten: „Da läuft eine Agenda, die haben sich ein paar „Kasper“ ausgedacht, und die wird jetzt in Form einer Plandemie umgesetzt – ist doch offensichtlich, wo das weltweit so synchron und koordiniert abläuft.“, erwiderte der eher leichtgläubige Michel, im Vertrauen auf das Gute im Menschen, Rechtsstaat und wissenschaftliche Kompetenz des RKI (Robert-Koch-Institut): „Erzähl doch nicht so einen Blödsinn, glaubst du etwa, da können eine handvoll Leute einfach entscheiden, so und so machen wir das, ziehen ein paar Fäden, und dann tanzen alle Puppen wie Marionetten, nur weil die das so mal eben wollen? Du spinnst dir ja was zurecht! Sowas gibt's in Nord-Korea, aber doch nicht bei uns!“

Tatsächlich zeigen die nun veröffentlichten RKI-Files (1) ausweislich der täglichen Ergebnisprotokolle wissenschaftliche Kompetenz auf, doch die Behörde untersteht dem BMG (Bundesministerium für Gesundheit) und ist weisungsgebunden. In entscheidenden Momenten wurden Erkenntnisse und Ergebnisse nicht berücksichtigt, sondern durch politische Vorgaben ersetzt. Dabei ging es ganz offensichtlich nicht um die Gesundheit der Menschen, und so bitter und schier undenkbar diese Entdeckung für manch einen hierzulande sein mag, die Wissenschaft hielt weitestgehend still und leistete keinen Widerspruch! Sie und die Medien funktionierten wie international verabredet und kurz zuvor „generalgeprobt“ beim „Event 201“ im Oktober 2019 in New York (2). Thema dort war das Management einer Pandemie aufgrund eines Corona-Virus! Es wurde unter anderem empfohlen: „(...) Dazu muss die Fähigkeit entwickelt werden, die Medien mit schnellen, genauen und konsistenten Informationen zu überfluten, (...)“ (3)

Ausgehend von der chinesischen Stadt Wuhan ging wenige Wochen später ein Corona-Erreger viral. Ja, wer konnte das denn ahnen! Und die Medien funktionierten wie geübt fast ausnahmslos im gleichen Takt. Das Bio-Waffen-Labor in Wuhan erhielt nachweislich US-Gelder, umgeleitet durch den für die nationale Gesundheit in den USA zuständigen Dr. Fauci. Er umging so das offizielle Verbot der „gain of function“ (deutsch: Funktions-Erweiterungs)-Forschung an Krankheitserregern zuhause. Trotz internationaler Ächtung wird unter der Ägide der Militärs weiterhin die Entwicklung von Bio-Waffen betrieben! (4)

Am 21.01.2021 sagte die damals amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bundes Presse Konferenz (BPK): „(...) ... aber es gibt in dem Ganzen auch politische Grundentscheidungen, die ham mit Wissenschaft nichts zu tun. (...) Mit der Einladung von bestimmten Wissenschaftlern wollen wir auf bestimmte Fragen, die uns interessieren, die nich politischa (sic!) Natur sind, Antworten

bekommen, aber dahinter liegen natürlich auch politische Grundentscheidungen und – (...) – diese Grundentscheidung treffe ich anders.“ (5)

Dieser Tenor ist wohl für manch einen überraschend, der meint, dass in einer demokratisch organisierten Gesellschaft auch unterschiedliche fachliche Einschätzungen gehört werden und ein offener gesellschaftlicher Diskurs gepflegt wird, um aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse zu entscheiden – tja, denkst! Per ordre de Mutti also im Falle Deutschlands, wer braucht da noch einen Mufti? Die Art und Haltung, in der hier mit einer Nation aufrechter, sozial und gemeinschaftlich denkender und handelnder Menschen umgesprungen wird, ist so unfassbar, so unverfroren, so ausverschämt, dass es den meisten, insbesondere unter dem Eindruck der Propaganda der Plandemie-gemäß gleichgeschalteten Qualitätsmedien zunächst schwerlich in den Sinn kam, die hier beschriebenen Wahrheiten auch nur ansatzweise an sich heran zu lassen. Deutscher Michel erduldet viel, will ich den Vorgang wohlwollend beschreiben – er bekommt eins auf die Mütze und überlegt sich zuerst, was er denn selber wieder falsch gemacht habe. Er bekommt ordentlich die Hücke voll, und denkt immer noch an nichts Böses, seit einigen Generationen geht das nun schon so. Ein echtes Trauerspiel zeichnet sich ab. Da nun aber im internationalen Vergleich sichtbar wird, dass irgendwas hier bei uns extra-schief läuft, werden immer mehr dieser Michel nervös, und peu à peu auch mutiger.

Und da die Folgen und Auswirkungen für eine ganze Generation junger Menschen, für unzählig viele einsam sterbende alte Menschen, für die ganze Gesellschaft, unsere vormals starke und viele tragende Wirtschaft, und, und und ... nun vielen so schrecklich bewusst werden, wird allgemein klar, dass wir diese Hasardeure keinesfalls weitermachen lassen dürfen, wo noch dazu das mörderische Risiko eines weiteren Weltenbrandes längst in der Luft liegt. Beachten wir die Warnung John Heartfields der 1932 einer seiner Collagen den Titel gab: „Krieg und Leichen – Die letzte Hoffnung der Reichen“. (6) Welcher Schrecken auch immer eingesetzt wird, wer die Massen kontrollieren will, erzeugt Dauerstress und ständige Angst. Die niedrig schwingende Angst führt zu unüberlegtem Verhalten und erzeugt einen Krisenmodus, in dem man sowohl individuell, als auch in der Masse zu emotionalen Reaktionshandlungen neigt und so manipulierbar und lenkbar wird. (7)

Wer nun immer noch glaubt, es sei eine gute Idee, sich auf die wohlwollende Fürsorge einer Regierung und die reinigenden Kräfte der Märkte und eines Rechtsstaates zu verlassen, den möchte ich hier ganz eindeutig enttäuschen! Die romantische Idee eines edlen Ritters,

welcher uns retten mag, gehört in die Märchenwelt, dieses schöne Ideal findet hier nicht statt. Da reicht schon der Blick auf den schuljüngengleichen Kanzler Scholz in Washington, als der US-Präsident Biden zu North Stream sagt: „There will be no longer North Stream 2, we will bring an end to it. (...) I promise you, we will be able to do it.“ „Da



wird es kein Nord Stream 2 mehr geben, wir werden das beenden. (...) Ich verspreche ihnen, wir werden in der Lage sein, das zu tun.“ Die Reaktion von Scholz auf die anschließende Frage nach diesem „Stecker-Ziehen“ von North Stream war sinngemäß, dass wir ausschließlich gemeinsame Sache gegen die Russen machen, alles, was denen weh tut, ganz hart. ... und leider ganz weich und rücksichtslos gegenüber dem kriegstreibenden Hegemon USA. (8) Ganz in dem gleichen Sinn sollen wir der Willfähigkeit einer WHO (Welt-Gesundheit-Organisation) ausgeliefert werden, und ich erwarte nicht, dass es lange dauert, bis der nächste Anlass für Angst treibende Maßnahmen von dort ausgerufen werden soll. (9)

Die gute Nachricht in dieser Misere: Diese feudalistische Mischpoke, welche uns hier herausfordert ist extrem nervös, macht Fehler, und das wird für immer mehr Leute sichtbar. Die Widersprüche sind kaum noch zu verbergen, und es braucht längst keinen geübten Theoretiker in Kriminaldingen mehr, um zu erkennen, dass hier Staatsterror stattfindet und angesichts der gezielten Irreführung des eigenen Volkes in einen Panikzustand und der kontinuierlichen Behandlung des Souveräns, als sei er nur eine Herde Rindviecher, muss man gar von einem Staatsstreich von oben reden.

Paul Schreyer, dieser wunderbare Rechercheur, Journalist und Autor, mitverantwortlich für das Online-Magazin Multipolar (10), welches in einem Rechtsstreit die Herausgabe der RKI-Files erstritt, wies frühzeitig, fundiert und detailliert auf diese Machenschaften hin, die ja nicht erst mit einem überraschenden Ereignis in Wuhan begannen. In seinem Vortrag: Pandemie-Planspiele - Vorbereitung einer neuen Ära, im Format „WIR - Wissen ist relevant“ (2) beschreibt er in einer kurzweiligen Stunde den Ablauf der Geschichte von der Zeit des Kalten Kriegs über verschiedene Meilensteine und Übungsphasen die oben angedeuteten Entwicklungen zu der jetzigen Situation. Das Wissen ist ja schon ein wesentlicher Baustein in der Befreiung von dem Joch der beschriebenen Verrücktheiten, doch ich denke, es gibt an dieser Stelle weitere wichtige

Erkenntnisse, welche ich Ihnen, verehrter Leser dieser Zeilen, gerne nahe bringen möchte.

Immanuel Kant, dessen 300. Geburtstag wir am 22. April dieses Jahres feiern dürfen, verwendete ein lateinisches Sprichwort: Sapere audē! Wage es, weise zu sein! Kant interpretierte diese Aufforderung folgendermaßen:

Habe den Mut, dich deines Verstandes zu bedienen! (11) Er sagt also, auf Heute übertragen: du hast diese gottgegebene Fähigkeit und Möglichkeit, und nun sei dir dessen bewusst, dass es wohl Mut braucht, seiner eigenen Vernunft zu vertrauen, in einem repressiven Umfeld voller Mechanismen der Angst, Ablenkungen und Fluten von Informationen, dass es sich aber auch lohnt, und notwendig ist, dass ein jeder Verstand seinen Beitrag zu der Gestaltung unserer Welt leisten kann und auch soll.

Gleichwohl erscheint mir derzeit: allein der Verstand führt vor die Wand! Ein viertel Jahrtausend nach der Zeit der Aufklärung erleben wir eine erneute Wiederholung von Zuständen, welche einer traumatisierten Gesellschaft entspringen und einzig der Verstand hilft uns nicht wirklich sinnvoll weiter. An dieser Stelle also, möchte ich Ihnen eine ergänzende Aufforderung ans Herz legen: Et sentire audē! Und habe den Mut, deinem Gespür zu vertrauen! Nutze die Möglichkeit, dein Herz und deinen Verstand einzusetzen, aber auch: Traue dich, alte Seelenwunden und traumatische Erlebnissen und Prägungen zu heilen! Traue dich, deine Gefühle von Schmerz, Angst, Wut oder Trauer zu zulassen und zu durchleben, um auf diesem Weg Heilung zu bewirken, für dich selbst, deine Nächsten und die ganze Gesellschaft. Sentire audē! Folge deinem Bauchgefühl! Lasse dich nicht einfach ins Bockshorn jagen.

Wir sind alle Teilnehmer am Schöpfungsgeschehen. Unseren Gedanken und Gefühlen wohnt die Macht der Schöpfung inne. Wenn wir eine wahrlich lebenswerte Welt visualisieren und nun zu der möglichst konkreten Vorstellung Energie hinzufügen, erschaffen wir eben diese Welt! Danke! 

Martin Hilbert

Weitere Informationen finden Sie unter:

**[www.miteinander-duew.de/
nr-7-april-2024-quellen](http://www.miteinander-duew.de/nr-7-april-2024-quellen)**

VOM PAULUS ZUM SAULUS ODER VOM PAZIFISTEN ZUM KRIEGSTREIBER?

Als ‚Wende des Guten zum Bösen‘ möchte ich mein persönliches Entsetzen über den Wandel der ‚Grünen Partei‘ bezeichnen. Seinerzeit mit pazifistischer Intension gegründeten, aktuell zu Kriegsbefürwortern und Waffenexporteuren gesunken.

Folgende pazifistischen Grundsätze spiegelten sich in den frühen Programmen und Positionen der Grünen Partei wider und prägten ihr politisches Profil in den ersten Jahren nach ihrer Gründung 1970:

1. Nukleare Abrüstung: Die Grünen forderten die Reduzierung und letztendlich die Abschaffung von Atomwaffen, sowohl in Deutschland als auch weltweit.

2. Verzicht auf Krieg: Sie lehnten militärische Interventionen und Kriege als Mittel zur Konfliktlösung ab und setzten sich stattdessen für diplomatische Lösungen und Konfliktprävention ein.

3. Keine Beteiligung an Militäreinsätzen: Die Grünen sprachen sich gegen die Beteiligung Deutschlands an militärischen Konflikten aus und forderten eine restriktive Politik in Bezug auf Waffenexporte.

4. Friedenspolitik als Teil der Außenpolitik: Sie betonten die Bedeutung einer aktiven und konstruktiven Friedenspolitik als integralen Bestandteil der deutschen und internationalen Außenpolitik.

Im Wahlprogramm der Grünen zur Europawahl 2024 findet sich keiner dieser Punkte mehr. Noch 2021 im Programm zur Bundestagswahl war zu lesen: „...wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab.“ Der fundamentale Wandel dieser Partei gipfelt in den aktuellen, bekannten Sätzen der Außenministerin wie „Unsere Waffenlieferungen schützen Leben“, „mehr Munition, mehr weitreichende Waffen, mehr Ukraine-Hilfe“ und der Forderung zur Aufrüstung der Bundeswehr mit einem 100-Milliarden-Programm. Harsche Kritik am Appell von Papst Franziskus, der die Ukraine zum „Mut zur weißen Fahne“ auffordert.

Hinreichendes Verständnis kann ich der Grünen Partei in Regierungsverantwortung entgegenbringen, wenn sie dynamisch auf aktuelle politische Entwicklungen reagieren, sich neuen Herausforderungen stellen muss. Genau dann zeigt sich nämlich, welche Taten auf Worte folgen! Keinerlei Verständnis jedoch werde ich die laut Wahlprogramm zu erwartenden, demnächst plakatierten, verlogenen Statements dieser Partei auf Stimmenfang entgegenbringen. Im Gegenteil: ich starte dafür mein persönliches Übersetzungsprogramm:

‚Wohlstand schützen‘ meint: Armut verschärfen

Die ideologisierte Energiepolitik der Grünen belastet mit ihren Folgekosten für alle Wirtschafts- und Lebensbereiche das Budget der Menschen und trifft damit insbesondere die sozial Schwächsten.

‚Gerechtigkeit schützen‘ meint: Ungerechtigkeit fördern

Unser Sozialwesen wird von immer weniger arbeitenden Menschen getragen, während immer mehr Menschen überwiegend leistungsfrei profitieren.

Mehrheitlich identifizieren sich die Menschen in Deutschland mit ihrem männlichen oder weiblichen Geschlecht, mit einer weißen Hautfarbe, und einer vernünftigen und verständlichen Sprache. Dies abzuwerten, zu relativieren oder mit grüner Ideologie zu durchseuchen, stört die meisten Bürger.

‚Frieden schützen‘ meint: Konflikte anheizen, Krieg fördern

Politische Einmischung, finanzielle Unterstützung und militärische Aufrüstung von Konfliktparteien, dabei mit aggressiver Rhetorik Spannungen erhöhen – diese traurige Realität erleben wir gerade.



‚Freiheit schützen‘ meint: Autoritarismus stärken

Kontrollierte, gleichgeschaltete Medien, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, unterdrücken alternativer Meinungen, überwachen und verbieten oppositioneller Parteien, Diffamierung des politischen Gegners, Propaganda und ideologische Indoktrination – DDR 2.0 im vereinten Deutschland.

Der ökologische, pazifistische, freiheitliche Gedanke der 70iger und 80iger Jahre gegen das politische Establishment ist bedauerlicherweise einer ideologisch engstirnigen und autoritären Partei mit Anspruch auf die Wahrheitshoheit gewichen. Nicht meine Wahl!  Ingrid Schulze

— EIN OFFENER BRIEF AN DIE BÜRGERMEISTERIN, — FRAU BAUERNSCHMITT!

Dieser offene Brief ging als Mail im März an unsere Bürgermeisterin.

Hintergrund ist der vom Fraktionsvorsitzenden der SPD Bad Dürkheim, Ralf Lang, im Stadtrat eingebrachte Antrag, dass "demokratiefeindliche Personen nicht mehr in der Salierhalle und anderen städtischen Veranstaltungsräumen auftreten sollten." Lang nahm Bezug auf einen Redner in der Salierhalle, den er als „Querdenker“ und „Verschwörungsideologen“ bezeichnete. Die Grünen setzten noch einen drauf: „Der Kriterienkatalog müsse erweitert werden und auch auf Freiflächen im Eigentum der Stadt ausgedehnt werden.“

„Sehr geehrte Frau Bauernschmitt, zum Antrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Lang möchte ich als Bürger dieser Stadt folgendes ausführen: Ich halte diesen Antrag für einen **Anschlag auf unsere Demokratie und das Recht auf freie Meinungsäußerung**. Auch, wenn ich die Thesen des Redners, der Anlass zu diesem Antrag gab, nicht teile, hat aber auch er das Recht, diese zu verbreiten, solange er das gewaltfrei macht. Ja, gerade das ist ein wesentlicher Baustein unserer Demokratie, unseres Grundgesetzes, das derzeit schwer unter Druck von Ideologen gerät, die sich das Recht herausnehmen zu entscheiden, was „demokratiegefährdend“ oder gar „demokratiefeindliche Desinformation“ ist und was nicht. Mir gruselt es bei dem Gedanken, dass Vertreter von SPD, Grünen und FWG in unserem Stadtrat oder Mitarbeiter der Stadtverwaltung demnächst entscheiden, was „demokratiegefährdend“ oder „Desinformation“ ist und was nicht.

Dies möchte ich auch gerne anhand der folgenden drei Beispiele erläutern:

1. Am 10.02.24 hat eine Sprecherin der Grünen auf dem Neujahrsempfang des Grünen Kreisverbandes Bad Dürkheim sinngemäß folgendes ausgeführt: „Die CDU ist eine in Teilen rechtsextreme Partei, weil sie sich für die Einführung der Bezahlkarte für Flüchtlinge einsetzt“. Ihre Partei, Frau Bauernschmitt, ist nach den Ansichten einer Vertreterin der Grünen „rechtsextrem“. Wenn ich der Logik von Herrn Lang folge, hätte dies zur Folge, dass die Salierhalle für Parteiveranstaltungen der „rechtsextremen“ und damit logischerweise „demokratiezerstörenden“ CDU nicht mehr von der Stadt zur Verfügung gestellt werden darf.

2. Der linke Liedermacher und SPD-Stadtrat Thomas Hefter aus München wurde vergangenes Jahr von Münchener Grünenstadträten als „Nazi“ diffamiert, weil er vor Fasching ein Spottlied übers Gendern veröffentlicht hatte. Diesem Mann würde also der Logik eines Herrn Lang entsprechend die Salierhalle für einen möglichen Auftritt verwehrt bleiben, da er als „Nazi“ ja „demokratiegefährdend“ ist.

3. Als Sprecher der „Bürgerinitiative für die Straßennamenbeibehaltung“ stellt sich mir die Frage, ob es denn den „Demokratievorstellungen“ eines Herrn Lang und seiner Genossen entsprechend den Bürgerentscheid am 24.09.2023 gegeben hätte. Bürgern wie uns, die von rot-grünen- und FWG-Kräften in dieser Stadt als Nazis, Rechtsradikale, Verharmloser der Naziverbrechen usw. diffamiert wurden, wäre der Logik des Herrn Lang entsprechend das Recht auf ein Bürgerbegehren oder gar ein Auftritt auf der Bürgerversammlung verwehrt worden, weil wir ja „demokratiegefährdend“ seien.

Dieser SPD-Antrag „atmet“ den Geist der Gängelung, Bevormundung und Unterdrückung freier Bürger! 

Ulrich Martin

Zur Erinnerung:

Artikel 5 unseres Grundgesetzes:

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

In Artikel 3 heißt es:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. 

Redaktion

- WAS KOMMT DANN NOCH? -

In Mecklenburg-Vorpommern musste eine Schülerin sich vor drei vom Schulleiter gerufenen Polizisten zu politischen Posts „erklären“. Sie bekam eine „präventive Gefährderansprache!“ Pfarrer Martin Michaelis, der als Parteiloser für die AfD bei der Stadtratswahl in Quedlinburg kandidiert, verlor deswegen seine Pfarrstelle.

Interessantes dazu findet sich in einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 28. November 2011. Dort heißt es: „Der Meinungsäußernde ist insbesondere auch nicht gehalten, die der Verfassung zugrunde liegenden Wertsetzungen zu teilen, da das Grundgesetz zwar auf die Werteloyalität baut, diese aber nicht erzwingt.“

Man kann darüber diskutieren, was Meinungsfreiheit darf, oder man hat Meinungsfreiheit. 

Redaktion

— UNSERE DERGEMER LUXUS-RAD-GARAGEN: —

Ich will mich jetzt a mol richtig uffrege!

Für schlappe 231.000 € legt sich unser Dergemer sechs Fahrrad-Garagen zu, aber vom Feinsten! Näh, für mein altes Fahrrad sind die nix, da würde ich mich schämen, das dort abzustellen. Umgeben von Luxus-E-Bikes, Kaufpreis 3.000 € aufwärts, das ist nichts fürs Normalo-Volk! Näh, bei mir reicht eine einfache Fahrradkette.

Jetzt lese ich, man hat sechs gekauft, weil' dann billiger war. Ja, klar, wenn ich mir privat ein Auto kaufe, käme ich im Schnitt günstiger, wenn ich gleich mehrere kaufen würde, ähm, warum mache ich das eigentlich nicht? Lieber Stadtrat, wollt Ihr mich einfachen Bürger echt auf die Schippe nehmen? Wie geht Ihr mit unserem Steuergeld um! Was würdet Ihr denn in einem vergleichbaren Fall machen, wenn's um Euer eigenes Geld ginge?

Nach mehreren Monaten Inbetriebnahme ist augenscheinlich kaum eine Nutzung erkennbar. Ich finde die Idee als passionierter Fahrradfahrer ja grundsätzlich gut, aber doch nicht so! Da wird uns Bürgern erzählt,

dass wir zur Finanzierung der völlig aus dem Ruder laufenden Thermen-Kosten und anderer Groß-Investitionen (Brunnenhalle, Salierhalle...) Parkplatzgebühren auf dem Wurstmartplatz erheben müssen, und dann schmeißt Ihr Stadträte fast eine Viertelmillion Euro für etwas raus, von dem noch völlig offen ist, ob das angenommen wird! Das grenzt schon an justitiable Steuerverschwendung!

Dem Ganzen fielen fünf Auto-Parkplätze zum Opfer! Vor allem die zwei in der Burgstraße springen einem ins Auge, weil dort ja so schon viel freie Autoparkplätze vorhanden waren! (Ironie aus!) Ja, da haben die Ideologen der Grünen/FWG mal wieder ganze Arbeit geleistet: wer sich einfach nicht umerziehen lassen will und die Dreistigkeit besitzt, weiterhin frei darüber entscheiden zu wollen, ob man Auto fahren will oder nicht, muss eben „fühlen“. Leute, merkts Euch!

PS: Auch Zuschüsse vom Land sind Steuergelder, die wir Bürger erarbeiten müssen.  Ulrich Martin

— WIR SAGEN DANKE JONNY PAPISTOK! —



Der Mitinitiator der Bürgerinitiative für die Straßennamenbeibehaltung und unser Freund Jonny wird nicht mehr für den Stadtrat kandidieren. Wir bedauern dies sehr! Er hatte als einziger Stadtrat das Rückgrat, sich der Straßenumbenennung entgegenzustellen. Jonny Papistok ist ein Mensch mit Ecken und Kanten, gerade dies verbindet uns mit ihm. Er hat sich nicht beirren lassen, als er aus der SPD heraus immer wieder angeschossen wurde, auch in der Presse, wir haben diesen Gleichmut bewundert, aber auch gesehen, wie mutig Jonny war und ist.

Lieber Jonny: Wir werden Dich vermissen! 

Bürgerinitiative für die Straßennamenbeibehaltung

GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, in Kontakt zu kommen mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Über unsere Website oder unter der E-Mail: **reden@miteinander-duew.de** können Sie uns erreichen. Wir freuen uns über Anregungen, Angebote zur Mitarbeit, Kritik und Unterstützung.

Besuchen Sie auch gerne unsere Website: **www.miteinander-duew.de**. Dort finden Sie regelmäßig Informationen und neue interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.